

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Gert Weißkirchen MdB klagt an, daß jedem 10. Jugendlichen der Ausbildungsplatz verweigert wird: Generation der Überflüssigen? Seite 1

Rudi Walther MdB sieht im Haushalt 1983 die Hauptaufgabe: Kompromißfähigkeit, nicht Prinzipienreiterei tut not. Seite 3

Karl-Heinz Hiersemann MdL zu den Halbwahrheiten des Herrn Tandler: Der Rücktritt des bayerischen Innenminister wird unabwendbar. Seite 5

Egon Lutz MdB erwartet, daß Heinz Westphal der konservativen Gegenreform entgegentreten wird: Schutz der sozial Schwachen. Seite 6

Joist Grolle, Hamburgs Schulsenator, zur neuen Lehrerprüfungsordnung der Hansestadt: Unsere Lehrer werden in Zukunft besser ausgebildet. Seite 7

### Dokumentation

Peter Corterier vor der Vereinigung der Opfer des Stalinismus: Demokratie und Menschenrechte für alle bleibt unser Ziel. Seite 8

37. Jahrgang / 100

27. Mai 1982

Generation der Überflüssigen?

Jedem zehnten Jugendlichen wird der Ausbildungsplatz verweigert

Von Prof. Dr. Gert Weißkirchen MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für  
Bildung und Wissenschaft

Die Lücke zwischen angebotenen Ausbildungsplätzen und der Zahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, wird immer größer. Wie aus informierten Kreisen der Bundesanstalt für Arbeit vorab bekannt geworden ist, ist der Trend nach wie vor ungebrochen negativ: über 2,5 Prozent mehr Nachfrager als Ausbildungsplätze werden angeboten.

Alle, die Ausbildungsplätze abbauen, obwohl die Nachfrage bis ans Ende der 80er Jahre anhaltend hoch bleibt, müssen sich fragen, wieviele Jugendliche sie in diese Lücke stürzen wollen? Der Berufsbildungsbericht '82 weist aus: Mindestens 115.000 junge Menschen haben im vergangenen Jahr keinen Ausbildungsplatz gefunden.

- Wieviele Jugendliche ohne Chance auf eine gute Ausbildung müssen es noch werden, bis verstanden wird, daß unserem demokratischen und sozialen Rechtsstaat ins Gesicht geschlagen wird, wenn der Ausbildungswille tausendfach verweigert wird?



- Wie sollen junge Menschen für unsere Republik gewonnen werden, wenn ihnen der Einstieg in Ausbildung und Arbeit verwehrt wird?
- Wie sollen junge Menschen ihre Leistungsfähigkeit weiterentwickeln, wenn sie zu der "Generation der Überflüssigen" erklärt werden, weil sie halt zum ungeeigneten Zeitpunkt der starken Jahrgänge geboren wurden?

Jedes zehnte Mädchen und jeder zehnte Junge bleibt ohne Ausbildung. Und die Zahl derer wächst, die einen Ausbildungsplatz suchen, aber keinen finden. Da hilft auch kein Beschönigen, wie die CDU/CSU es ständig wieder versucht - an den Tatsachen vorbei.

Das Institut für Arbeits- und Berufsforschung hat widerlegt, was in manchen Köpfen als Vorurteil herumgeistert: Die Jugend sei nicht leistungsbereit. Tatsache ist: Nur vier Prozent der jungen Arbeiter verzichten von vorneherein auf eine weitere Ausbildung und die Shell-Studie bestätigt: Nur zwei Prozent der Jugendlichen wollen einen Berufsbildungsabschluß nicht erwerben.

Wenn wir nicht alle unsere Anstrengungen über das hinaus verstärken, was wir schon erreicht haben, dann stoßen wir viele junge Menschen zurück, nach der Parole: "No future - keine Zukunft!

Es gibt vielfältige unbürokratische Initiativen, wie zum Beispiel die des SWF 3, der über zwei Monate lang (noch bis Ende Mai) täglich im Rahmen des Pop-Shop eine "Lehrstellenbörse" eingerichtet hat. Dort werden Tag für Tag in Zusammenarbeit mit den Arbeitsamtsbezirken leere Ausbildungsstellen einzelner Arbeitsamtsbezirke nach Berufen genannt. Die Resonanz bei den Ausbildungsplatzsuchenden ist groß.

Fazit: Das Signal aus Nürnberg ist schrill und verlangt: Schafft schnell und unbürokratisch zusätzliche Ausbildungsplätze und auch über den eigenen Bedarf hinaus. Wer dieses Signal jetzt nicht verstanden hat, der muß wissen: Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgreifen, was der Parteitag in München beschlossen hat: "Sollten die Arbeitgeber ihrer Pflicht und Aufgabe im Ausbildungsjahr 1982/83 nicht nachkommen, die Berufschancen unserer Jugend in der beruflichen Bildung sicherzustellen, wird die SPD-Bundestagsfraktion beauftragt, die Verteilung der Kosten zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben erneut aufzugreifen und gesetzlich zu regeln." (-/27.5.1982/vo-he/ca)

+ + +



Hauptaufgabe: Haushalt 1983  
-----

Kompromißfähigkeit nicht Prinzipienreiterei tut not

Von Rudi Walther MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft" der  
Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Ich habe als Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft" der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in erster Linie die finanzpolitischen Vorstellungen meiner Fraktion mitzuentwickeln, mit durchzusetzen und mit zu vertreten. Dieses Gremium hat mich gewählt und ihm bin ich Rechenschaft schuldig. Dabei weiß ich mich mit der Fraktion einig in dem gemeinsamen Willen, in einer auch finanzpolitisch schwierigen Lage Regierung und Koalition zum Erfolg zu verhelfen. Dazu gehört zuerst ein klares Erkennen der eigenen sozialdemokratischen Position und danach der in einer Koalition notwendige Wille zum Kompromiß.

Aus meiner Sicht besteht die Hauptaufgabe dieses Jahres darin, einen der wirtschaftlichen Lage angemessenen und politisch annehmbaren Bundeshaushalt für 1983 aufzustellen. Dabei haben wir heute in vielen Punkten eine bessere Ausgangslage als vor einem Jahr: die Weltwirtschaft scheint sich langsam vom Ölpreisschock zu erholen, die Zinsen tendieren nach unten, das hohe Leistungsbilanzdefizit gleicht sich aus, die Preissteigerungsrate geht zurück, das Bruttosozialprodukt scheint wieder zu wachsen. Tiefe Sorge macht aber weiterhin die anhaltende Arbeitslosigkeit. Wie das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erneut belegt, würde der Bevölkerungsentwicklung wegen, selbst ein konjunktureller Aufschwung die Arbeitslosenzahlen nicht entscheidend sinken lassen.

Der Wille, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ernsthaft anzugehen, scheint mir bei den Parteien unterschiedlich stark ausgeprägt zu sein. Die von der Wissenschaft empfohlenen Rezepte unterscheiden sich in verwirrender Weise. Die Sozialdemokratie jedenfalls weiß sich mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung einig, daß eine Partei, die vor 120 Jahren gegründet wurde, um für die Rechte der Arbeiter zu kämpfen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit an die Spitze ihrer Bemühungen stellen muß. Tut sie das nicht, hat sie ihre Aufgabe verfehlt. Wir wissen auch, daß noch so wohl gemeinte Ratschläge der Wissenschaft nicht die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD bestimmen können: politische Verantwortung ist den Abgeordneten und dem Parlament übertragen, keinem anderen. Wir können deshalb nicht der reinen Lehre huldigen, sondern müssen einen Wählerauftrag erfüllen.

Wenn jetzt also vom Bundeshaushalt 1983 gefordert wird, es müsse bei der Ausgabenseite mehr investiert werden, es dürfte jedoch keine Einschnitte bei den Leistungsgesetzen geben und auf der Einnahmeseite müsse die Steuerquote konstant bleiben, während die Nettokreditaufnahme ein Signal für die Konsolidierung des Staatskredites geben sollte, so sind das auf den ersten Blick miteinander unvereinbare Ansprüche. Fängt man an zu differenzieren, zeigen sich jedoch Lösungsmöglichkeiten, die auch finanzpolitische Dogmatiker mittragen könnten - und gerade diese Kompromißfähigkeit und der Verzicht auf Prinzipienreiterei hat uns besser als andere Länder durch die Krise gebracht.

So ist es wohl inzwischen allgemeine Überzeugung, daß die Investitionsquote im Bundeshaushalt wieder steigen muß. Dabei muß in der gegenwärtigen Situation Bedingung sein, daß der Staat in solche Sektoren und Regionen investiert, die den Erhalt alter und die Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders nötig haben. Gleichzeitig muß geprüft werden, ob laufende Investitionsprojekte noch weiter in sinnvoller Weise fortgeführt werden können, zum Beispiel in der Atomreakorteknik. Für eine derartige aktive staatliche



Investitionspolitik, die auch Bahn, Post und das Bundesvermögen umfassen sollte, bedarf es keiner neuen "Programme", sondern nur der entsprechenden Gestaltung des Haushaltes.

Die Leistungsgesetze nicht zu beschneiden, ist nicht nur politische Aufgabe der Sozialdemokratie, sondern auch Verpflichtung der Gesellschaft denjenigen gegenüber, die sich nicht selbst helfen können. Für die anderen jedoch, von denen es inzwischen eine große Anzahl gibt - in Zeiten voller Kassen konnte man da großzügiger sein - muß die staatliche Unterstützungspolitik ein Ende haben. Sozialpolitik muß sich auf die Bedürftigen konzentrieren. Die Mitnahme öffentlicher Gelder durch Bürger, die diese Hilfe nicht brauchen, droht die gesamte Sozialpolitik zu desavouieren. Ich bin sicher, daß der neue Arbeits- und Sozialminister für eine solche Politik auf breite Zustimmung stoßen wird.

Die Steuerquote konstant zu halten, ist inzwischen auch allgemeine Absicht. Das vielbeschworene Prinzip, den einzelnen Bürger nach der Leistungsfähigkeit zu besteuern, bedarf jedoch dringend der Überprüfung. Wenn, wie bekannt, die Steuerquote über Jahrzehnte konstant geblieben ist und andererseits die unteren Einkommensgruppen teils durch höhere Bezahlung aufgrund von mehr Leistung, teils durch die Geldentwertung, teils durch den progressiven Steuertarif in stärkerem Maße als früher besteuert wurden, bedeutete das, daß die oberen Einkommensklassen steuerlich entlastet wurden. Diese Entwicklung muß ein Ende nehmen und mit ihm auch die bisherige und von allen Seiten kritisierte Subventionspolitik.

Die beiden letztgenannten Punkte zeigen bereits Möglichkeiten, finanziellen Spielraum zu gewinnen. Ich will die Erhöhung der Nettokreditaufnahme nicht ausschließen, wenn sie ökonomisch und politisch sinnvoll gehandhabt wird.

Wenn ich mit einem Plädoyer für Sparsamkeit schließe, so nicht, um dem Weg der Opposition zu folgen, die von uns verlangt, wir sollten uns wie der Suppenkaspar zu Tode sparen. Sparsamkeit ist vielmehr aus Verantwortung dem Steuerzahler gegenüber geboten und gegenüber denjenigen, die vom Staat zu Recht Hilfe erwarten und denen ohne Sparsamkeit sonst nicht geholfen werden könnte. Dafür muß der öffentliche Dienst ebenso Verständnis haben und auch die vielen Bereiche des öffentlichen Lebens, die bisher vom Staat manchmal zu großzügig dotiert wurden.

(-/27.5.1982/vo-he/ca)

+

+

+



Die Halbwahrheiten des Herrn Tandler  
-----

Der Rücktritt des bayerischen Innenministers wird unabwendbar

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß am 19. Mai hat Gerold Tandler zum wiederholten Male behauptet, das sogenannte "Roman"-Exposé "Operation Eva" - das natürlich in Wirklichkeit ein nur leicht verschlüsselter Entwurf zu einem Tatsachenbericht ist - enthalte nur BND-relevante Fakten. Das ist in einem Fall nachweislich falsch, in einem zweiten zumindest fragwürdig.

Fall I:

Da gibt es ein Schreiben des Präsidenten des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Ziegler, vom 8. Juni 1977 an Tandlers Vorgänger Dr. Alfred Seidl. Der Verfassungsschutz-Chef informiert darin seinen Minister über die Vergangenheit eines Mannes, der sich im Freundeskreis des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß aufhält. Erkennbar von der gleichen Person handelt ein Kapitel "Ein Ost-Spion in München" des Exposés "Operation Eva".

Tandlers Behauptung, das Exposé "Operation Eva" enthalte nur BND-relevante Tatsachen, ist damit schon widerlegt. Den bayerischen Innenminister sollte jetzt vor allem die Frage interessieren, ob nicht Beamte seines Hauses, denen das Exposé zugänglich wurde, auch schon mit dem Brief vom 8. Juni 1977 befaßt waren.

Fall II:

Die Frage, ob ihm etwas von der Absicht Dr. Langemanns, einen "bayerischen Geheimdienst" zu gründen, bekannt sei, hat Tandler im Sicherheitsausschuß verneint. Dem steht gegenüber: Im Exposé, das dem bayerischen Innenministerium schon 1981 vorlag, wird ein "Sechs-Millionen-Ding" erwähnt. Es heißt dort: "Ein Top-Agent des General Langkau, Herausgeber einer internationalen Zeitschrift und Freund von Castro, Arafat und Sadat, will der deutschen Regierung für sechs Millionen heiße Informationen aus der arabischen Terror-Szene verkaufen. Dokumente belegen, wie dieser hochkarätige Nachrichtenhändler mit Hilfe des Langkauschen Privat-Dienstes Abnehmer suchte."

Hintergrund war, daß europäische Terroristen Hilfestellung und Rückzugsmöglichkeiten im Nahen Osten entzogen werden sollten.

Es wäre für die Öffentlichkeit - nicht nur die bayerische - interessant zu wissen, ob Gerold Tandler für sich und sein Haus verbindlich erklären kann, daß dem bayerischen Innenministerium in dieser Angelegenheit keine Denkschrift vorgelegen hat und es keinen Versuch gegeben hat, Bayern zur Finanzierung eines solchen Unternehmens zu bewegen.

Und das alles soll - wie Tandler glauben machen will - "nur" BND-relevant sein, den bayerischen Innenminister nicht interessieren? Es wäre gut, wenn Gerold Tandler eingestehen würde, daß seine bisherige Einschätzung des Exposés "Operation Eva" mit den Tatsachen auf Kriegsfuß steht, bevor er wieder wie ein Tanzbär in der Pressearena vorgeführt wird. Zurücktreten muß er wohl irgendwann ohnehin, aber es fragt sich, ob er bis dahin sein eigenes Image total zerstören und das Ansehen des Innenministeriums unheilbar lädieren will, um noch ein paar Wochen Zeit zu gewinnen. (-/27.5.1982/vo-he/ca)

+ + +



Schutz der sozial Schwachen  
-----

Heinz Westphal wird der konservativen Gegenreform entgegentreten

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion  
im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Der neue Bundesarbeitsminister hat vor dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung die Grundlinien seiner künftigen politischen Arbeit skizziert. Seine Rede hat verdeutlicht, daß sich diejenigen geirrt haben, die in Heinz Westphal nur den Sparkommissar sehen wollten. Für ihn ist klar, daß die Sozialpolitik auch in schwieriger Zeit weitergehen muß, daß sie sogar besonders gefordert ist.

Die Sozialdemokraten im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung begrüßen insbesondere, daß der neue Bundesarbeitsminister

- sich für den Schutz der sozial Schwachen bei etwaigen Haushaltskonsolidierungen ausgesprochen hat und dabei vor allem für die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien eintreten wird,
- Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe oder die Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung unmißverständlich abgelehnt hat,
- besonderes Gewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem der Lebensarbeitszeit, legen wird, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden,
- in der Ausländerpolitik am Integrationsgedanken festhalten, gleichzeitig den weiteren Zuzug eingrenzen, und vor allem - ausgehend von gemeinsamen Überzeugungen aller demokratischer Kräfte - der Ausländerfeindlichkeit entschieden entgegentreten will,
- das Projekt des Arbeitsschutzgesetzes und der Verbesserung des Kündigungsschutzes weiter verfolgen will,
- am Rentenreformkonzept der SPD und der Regierungserklärung festhalten will und darüber hinaus dem Problem der langfristigen finanziellen Stabilisierung der Rentenversicherung besondere Aufmerksamkeit zuwenden wird,
- im Gesundheitswesen die Bemühungen um Kostendämpfung fortführen wird,
- weiterhin Anstrengungen unternehmen wird, um Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter entgegenzutreten und ein Viertes Sonderprogramm angekündigt hat.

Die Antrittsrede des Ministers zeigt: Unter Heinz Westphal wird die Sozialpolitik nicht zum Anhängsel der Wirtschafts- und Finanzpolitik herunterkommen. Er ist sich bewußt, daß Sozialpolitik umso notwendiger ist, je drückender die sozialen Folgekosten des Wirtschaftssystems und der Wirtschaftskrise werden. Er wird entschieden der konservativen Gegenreformation entgegentreten, die - in Verdrehung von Ursachen und Wirkung - der Sozialpolitik die Rolle des Sündenbuchs für alle ökonomische Probleme zugedacht hat.

Darin wird der neue Bundesarbeitsminister auf die Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion rechnen können.

(-/27.5.1982/eu/ca)

+ + +



**Hamburgs neue Lehrerprüfungsordnung**

**Unsere Lehrer werden in Zukunft besser ausgebildet**

Von Prof. Dr. Joist Grolle

Senator für Schule, Jugend und Ausbildung der Freien Hansestadt Hamburg

Ein altes Ziel ist jetzt endlich erreicht: Alle Lehrer werden in Hamburg zukünftig gleich gründlich ausgebildet. Ein Grund- und Mittelstufenlehrer wird zwar andere Schwerpunkte studieren müssen als ein Oberstufenlehrer, aber deshalb sollte nicht der eine weniger solide als der andere ausgebildet werden.

Wir haben über Monate jede einzelne Neuregelung mit den Vertretern der Hochschulen auf Herz und Nieren geprüft. Am Ende einer langen Beratung haben wir über alle wichtigen Punkte Übereinstimmung erzielt. Ich bin sicher, daß wir gemeinsam einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer praxisnahen Studienreform vorangekommen sind.

Die wichtigsten Ziele der vom Staat beschlossenen Neuordnung sind:

- 1/ Bisher gab es in Hamburg Lehramtsstudiengänge von unterschiedlicher Ausbildungslänge. Dies soll eine Studienzeit von acht Semestern mit anschließender Prüfung gelten, Sechsemestrige Lehramtsstudiengänge werden aufgehoben.
- 2/ In der Vergangenheit wurden Lehrer in Hamburg entweder nur für eine Schulform oder nur für einen Stufenschwerpunkt ausgebildet. Diese Beschränkung engt die Verwendbarkeit der Lehrer erheblich ein. In Zukunft soll daher die Ausbildung der Lehrer schulformübergreifend sein und grundsätzlich zwei Schulstufen umfassen. Es soll einen Lehrer für die Grund- und Mittelstufe geben und daneben einen Lehrer für die Oberstufe, der in aller Regel eine Zusatzqualifikation für die Mittelstufe erwirbt. Eine Ausnahme von dieser Regelung gilt nur für die Berufsschullehrer und die Sonderschullehrer.
- 3/ Ein Lehrer, der an der Grundschule tätig sein will, muß in Zukunft nachweisen, daß er sich im Studium eingehend mit den Problemen des sprachlichen und mathematischen Anfangsunterrichts befaßt hat. Damit wird einer berechtigten Kritik an der bisherigen Grundschullehrerausbildung Rechnung getragen.
- 4/ Bisher wurde nur von dem Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie an Sonderschulen erwartet, daß er neben seinen Unterrichtsfächern auch die Erziehungswissenschaft intensiv studierte. Dies soll zukünftig auch für die Lehrer anderer Schulformen gelten. Alle Lehrerstudenten werden daher verpflichtet sein, mindestens ein Viertel ihrer Studienzeit der Erziehungswissenschaft zu widmen.
- 5/ Vielen Lehrern fehlen gegenwärtig Erfahrungen in der außerschulischen Arbeitswelt. Neben Schul- und Sozialpraktikum soll es daher künftig auch ein industrielles oder gewerbliches Betriebspraktikum geben.
- 6/ Da die Hamburger Universität sehr viel mehr Lehrer ausbildet, als in Hamburg selbst eine Anstellung finden können, muß jede Neuordnung für die bei uns ausgebildeten Lehrer die Einstellungschancen außerhalb Hamburgs berücksichtigen. Die neue Lehrerausbildung trägt daher den überregionalen Anforderungen für die gegenseitige Anerkennung der Lehramtsprüfungen sorgfältig Rechnung.

Unberührt von der inhaltlichen Neuordnung der Lehrerausbildung bleiben Laufbahnrecht und Besoldung der Hamburger Lehrer. Hier bleibt es unverändert bei dem in Hamburg geltenden Besitzstand.

(-/27.5.1982/bgy/ca)

+ + +



Dokumentation

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt Dr. Peter Corterier hielt anlässlich der Festversammlung zum 25jährigen Jubiläum der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge (Vereinigung der Opfer des Stalinismus) in Karlsruhe am 22. Mai 1982 nachstehende Rede.

Demokratie und Menschenrechte für alle bleibt unser Ziel

-----

"Gern habe ich die Einladung angenommen, hier in meiner Heimatstadt Karlsruhe anlässlich des 25jährigen Jubiläums Ihrer Organisation ein Grußwort zu Ihnen zu sprechen. Ich möchte Ihnen auch im Namen der Bundesregierung und im Namen meiner Sozialdemokratischen Freunde die besten Grüße überbringen.

o Dank an die Helfer

Ihre Vereinigung ist seit Jahrzehnten bemüht, den ehemaligen politischen Häftlingen, die das kommunistische Zwangsregime in Bautzen, Brandenburg, Hoheneck oder in anderen Zuchthäusern jahrelang am eigenen Leibe erdulden mußten, bestmöglich und in bewundernswerter Weise zu helfen- zu helfen, das ihnen zugefügte Unrecht zu vergessen und in diesem freien Teil Deutschlands eine neue, menschenwürdige Heimat zu finden. Denn es fällt unseren Landsleuten von drüben nicht leicht, unsere Mitbürger zu werden.

o Hilfe in erster Not

Demokratische Lebensformen sind ihnen ja nicht vertraut, sowenig, wie unser Wirtschafts- und Konsumverhalten, sind sie erst einmal über die erste, materielle Not hinweg. Dank vieler Hilfen, die unser soziales Netz bietet, ist für Wohnung, Kleidung und Essen gesorgt, sehen sie sich mit dem weit schwierigeren Problem ihres Bürger-Werdens in der Bundesrepublik konfrontiert; sie brauchen einen Ausbildungsplatz oder eine Ausbildungsstätte, sie brauchen wertmäßige Orientierung und menschliche Kontakte, um sich bei uns dauerhaft integrieren zu können. Bei diesen praktischen Problemen wie bei der sozialen und nationalen Identitätsfindung helfen Sie den hier eintreffenden ehemaligen politischen Häftlingen aus der DDR in vorbildlicher Weise.

Als Sozialdemokrat weiß ich diese Arbeit zu schätzen. Denn gerade die Sozialdemokraten mußten in ihrer langen, über hundertjährigen Geschichte immer wieder erfahren, welche bittere Folgen es hat, in nicht-demokratischen Gesellschaften Kritik an den Machthabern zu üben und für die Menschenrechte und Bürgerfreiheiten einzutreten. Ein großer Teil Sozialdemokraten hat dieses Engagement für einen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat mit dem Leben bezahlt oder mit langjährigen Strafen in den Zuchthäusern des Dritten Reiches und dann in denen der DDR büßen müssen.

Wir begrüßen daher alle diejenigen hier bei uns, die wegen ihrer politischen Überzeugung im kommunistischen Machtbereich schwere Verfolgungen ertragen mußten, und wir versuchen diesen Menschen tatkräftig zu helfen und all diejenigen zu unterstützen, die, wie Sie, meine Damen und Herren, mit Ihrer Organisation diesen Menschen, denen stellvertretend für uns alle, die wir das Glück haben, schon immer in Freiheit zu leben, eine schwere Last aufgebürdet wurde, bei der Eingliederung beizustehen.

o Arbeitsteilung zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen

In unserer verwalteten Welt ist jede Privatinitiative ein lebensspendendes Element. Jede Organisation und Institution im sozialen Bereich, die sich zuerst an den Menschen und ihrem Wohl ausrichtet, ist ein großer Gewinn für unsere Gesellschaft. Sie ermöglicht in unserem Gemeinwesen die so dringend notwendige Arbeitsteilung zwischen der Regierung und den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen, soll das gesamte Netz nicht eines Tages in Gefahr geraten, wegen einseitiger Aufgabenzuweisung an den Staat und der damit einhergehenden Überlastung seine Funktionsfähigkeit gänzlich einzubüßen.

o Menschenrechte für alle oberstes Ziel

Bei allen unbestrittenen Verdiensten, die Sie, verehrte Anwesende und alle die vielen Helfer Ihrer Organisation draußen im Lande haben, bei allen besten Wünschen für eine auch





weiterhin erfolgreiche Arbeit Ihrer Vereinigung, sollten wir uns aber bewußt sein, daß unsere größte Anstrengung nach wie vor dem überragenden Ziel gelten muß, dafür einzutreten, daß die Menschenrechte auf der ganzen Welt, von allen gesellschaftlichen Systemen so weit geachtet werden, daß es keine politischen Häftlinge mehr gibt und damit die Hilfsorganisationen politisch Verfolgter ihre Arbeit einstellen können. Noch aber sind wir - leider- nicht so weit!

o Von 150 Mitgliedsstaaten der UNO sind weniger als 30 Staaten demokratisch und rechtsstaatlich

Demokratische, also freiheitlich und rechtsstaatlich organisierte Staatsordnungen und Gesellschaften sind auch heute, im erklärten Zeitalter der Menschenrechte, alles andere als die natürlich, selbstverständliche Form menschlichen Zusammenlebens und politischer Organisation. Freie, sich an den Menschen- und Bürgerrechten orientierende Staaten sind nach wie vor in der Minderzahl der Staatsformen unserer Gegenwart. Heute, bald 40 Jahre nach dem Ende der Hitler-Diktatur bezeichnen sich fast alle Länder der Erde, auch die vielen Staaten des Ostblocks und der nachkolonialen Welt betonter denn je als Demokratien.

Doch täuschen wir uns nicht: Die Zeit der Nationaldiktaturen und der totalitären Herrschaftssysteme, die alle ihnen politisch unliebsamen Bürger verfolgen, erniedrigen, quälen und nicht selten sogar ermorden, dauert unvermindert an. Ja, wenn unsere Epoche lauthals als die der Demokratie und als die der Garantie der Menschenrechte propagiert wird, so ist unser Jahrhundert doch das der mächtigsten und zahlreichsten Diktaturen, das Jahrhundert mit den wohl perfektioniertesten ideologischen Zwangsregimen.

Es erscheint, als habe die Menschheit aus der Ära der Totalitären, menschenverachtenden Herrschaftssysteme des Faschismus und des Nationalsozialismus, des Leninismus und des Stalinismus immer noch nichts gelernt. Ein kritischer Blick auf die heutige UNO zeigt, daß unter den inzwischen 150 Mitgliedsstaaten nicht mehr als ein knappes Fünftel zu den freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratien zu zählen sind. Die meisten anderen, mögen sie sich auch noch so euphemistisch und scheinheilig zugleich Demokratie oder gar tautologisch "Volks"-Demokratien nennen, sie sind in der großen Mehrzahl demokratie- und menschenrechtsfeindliche Regime.

o Unrecht muß Recht weichen

Unser Ziel muß es sein und bleiben, das Postulat des bekannten englischen Schriftstellers H.G. Wells von 1914 "To make the world safe for Democracy" (Macht die Welt zum Retter der Demokratie), zur Richtschnur all unseres politischen Handelns nach innen wie nach außen zu machen.

Wir Deutschen sind aufgrund unserer jüngsten Geschichte besonders aufgerufen, für die Verwirklichung der Menschenrechte und Bürgerfreiheiten auf der ganzen Welt einzutreten.

Die sozial-liberalen Bundesregierungen haben seit ihrem Amtsantritt 1969 mit großem Engagement dafür gekämpft, daß diese Grundprinzipien menschlichen Zusammenlebens und des Zusammenlebens der Völker mehr respektiert werden. Nicht zuletzt auf der Basis wichtiger multinationaler Abkommen wie zum Beispiel den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki und dem internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Allzuviel ist auf diesem schwierigen Felde noch nicht bewegt worden. Doch sollte nicht übersehen werden, daß gerade auch mit vielen, vielen Einzelmaßnahmen und über stille Kontakte politisch verfolgten Menschen durch uns wirksam geholfen werden konnte. Trotz der bestehenden Schwierigkeiten betrachten die Bundesregierung und die sozial-liberale Koalition in Bonn die Fortführung dieser Bemühungen als wesentlich und hoffen, dabei auch in Zukunft auf die Stützung durch Organisationen wie die Ihre. Ich danke Ihnen!" (-/27.5.1982/hj/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

